



economiesuisse

## Verantwortungsvolle Unternehmen

### Nachhaltige Entwicklung auf dem steinigen Weg der Umsetzung

---

15. September    Nummer 33    4. Jahrgang

# dossierpolitik

---

economiesuisse  
Verband der Schweizer Unternehmen  
Fédération des entreprises suisses  
Federazione delle imprese svizzere  
Swiss Business Federation

Hegibachstrasse 47  
Postfach, CH-8032 Zürich  
Telefon +41 1 421 35 35  
Telefax +41 1 421 34 34  
[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)



## Soziale und ökologische Herausforderungen der Unternehmen

Viele Unternehmen sehen sich heute einem wachsenden Druck bezüglich höheren Verhaltensstandards im ökologischen, ethischen und gesellschaftlichen Bereich ausgesetzt, um ihre Reputation aufrechtzuerhalten. Gerade in der Schweizer Wirtschaft wurde im Bereich Nachhaltige Entwicklung in den letzten Jahren allerdings viel getan. Dieser Prozess ist aber noch lange nicht abgeschlossen und muss von Politik und Gesellschaft weiterhin unterstützt werden.

Im Kontext von Globalisierung und gestiegenen Erwartungen der Gesellschaft haben Unternehmen erkannt, wie wichtig der Aufbau und die Pflege von Beziehungen zu ihren Anspruchsgruppen wie Aktionäre, Mitarbeiter, Kunden und Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind. Dabei sind die verfolgten Ziele äusserst vielfältig, was sich auch in zahlreichen Begriffen und Termini niederschlägt. Während sich die Corporate Governance insbesondere um die Aspekte der Unternehmensführung in aktien- und kapitalmarktrechtlichen Fragestellungen kümmert, werden die Diskussionen über Sozial- und Umweltnormen „neudeutsch“ mit dem Begriff der „Corporate Social Responsibility“ (CSR) (zum Teil auch „Corporate Citizenship“) umschrieben.

So prägnant diese angelsächsischen Begriffe tönen – denen kein ebenbürtiger deutschsprachiger Ausdruck gegenübersteht – so unscharf bleibt die darin enthaltene Substanz. Allerdings lassen sich die Themen in den CSR-Diskussionen wie Menschenrechte, Sozial- und Umweltnormen, Business Ethics usw. problemlos in das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung einordnen. Einer Vision, der sich die Schweiz auch in ihrer neuen Bundesverfassung (Artikel 2) verpflichtet hat.

Folgt man der kaum mehr überschaubaren Literatur zum Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung, können drei gemeinsame Punkte identifiziert werden:

1. Die Definition im Brundtland-Bericht (1987), wonach Nachhaltige Entwicklung eine Entwicklung ist, die gegenwärtigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für die zukünftigen Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken. Nachhaltige Entwicklung hat demnach eine anthropozentrische Optik. Sie setzt den Menschen, bzw. den Erhalt von Möglichkeiten zu dessen Bedürfnisbefriedigung in den Mittelpunkt und basiert auf dem ethisch begründeten Wert der Solidarität innerhalb und zwischen den Generationen.
2. Die gleichwertige ökonomische, soziale und ökologische Dimension der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedarf demnach einer gesamtheitlichen Konzeption,

bei der die drei Zielbereiche – die gesellschaftliche Solidarität, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die ökologische Verantwortung – ganzheitlich angegangen werden.

3. Die globale Sichtweise, durch die die Armutsbekämpfung als zentrales Handlungsfeld der Nachhaltigen Entwicklung ins Blickfeld rückt.

Auch die Nachhaltige Entwicklung bleibt jedoch in mehrfacher Hinsicht ein unscharfes, kontrovers interpretierbares Leitbild, hinter dem unterschiedliche Gesellschaftskonzepte, Weltbilder und Präferenzen stehen können. Zudem gehören die Probleme des Ausgleichs zwischen den Generationen und der intragenerationalen Gerechtigkeit zu den klassischen Themen der Ökonomie und Soziologie. Die Bewältigung von Zielkonflikten zwischen ökonomischen und sozialen Belangen war und ist das beherrschende Thema der industriegeschichtlichen Entwicklung, und spätestens seit Mitte der sechziger Jahre ist die ökologische Dimension hinzugetreten.

Neu am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist die (versuchte) Integration der drei Dimensionen unter einem Oberbegriff. Die Nachhaltige Entwicklung ist damit nicht mehr und nicht weniger als eine „Konstruktionsleistung“.

Die Verknüpfung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension von Nachhaltigkeit begünstigt die Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure in einem integrativen, trotz aller Gegensätze konsensuell orientierten Prozess. Strategien Nachhaltiger Entwicklung können und wollen nicht primär auf befürchtete oder bereits eingetretene Katastropheneignisse mit hohem öffentlichem Alarmierungsgrad reagieren, sondern zielen mittel- und langfristig auf die Veränderung überkommener institutioneller Routinen und alltäglicher Praktiken.

### Umsetzung: top-down oder bottom-up?

Die Vision einer Nachhaltigen Entwicklung dürfte im Dialog an konkreten Sachfragen am ehesten umsetzbare Gestalt annehmen. In dieser Beziehung leisten Partnerschaftsinitiativen, wie sie am Weltgipfel in Johannesburg

zahlreich initiiert wurden, und die lokalen Agenda-21-Prozesse wohl den grössten Beitrag zur Konkretisierung dieser Vision.

Wesentlich skeptischer ist hingegen den zahlreichen Top-down-Ansätzen im Nachhaltigkeitsdiskurs zu begegnen. Von nationalen Räten für Nachhaltigkeit (wie sie auch in der Schweiz trotz des Scheiterns des ersten Versuchs wieder im Gespräch sind), kann nicht allzu viel erwartet werden. Auch die in einem breit angelegten Projekt „MONET“ (Monitoring Nachhaltige Entwicklung) erarbeiteten Nachhaltigkeitsindikatoren werden nicht die erwartende Objektivierung bringen können. Dies nicht zuletzt deshalb, weil mit der Auswahl der Indikatoren bereits immer die Wahl bestimmter theoretischer Deutungen von Problemursachen und geeigneter Ansatzpunkte zur Problemlösung verbunden sind. Von den Schwierigkeiten der Interpretation der Indikatoren für sich allein und im Kontext der drei gleichberechtigten Dimensionen der Nachhaltigkeit gar nicht zu sprechen. Eine feste Verankerung von Indikatoren als eine Art Prüfraster zur Messung der Nachhaltigkeit der Schweiz ist vor diesem Hintergrund kaum möglich. Ebenso wenig können Indikatoren effizient für die Feinsteuerung oder Evaluation von Politikmassnahmen dienen.

Der Soziologieprofessor Karl-Werner Brand (TU München) kommt denn auch zum Schluss, dass es für die Resonanz des Leitbilds der Nachhaltigen Entwicklung geradezu verhängnisvoll wäre, wenn explizit oder latent ein mit der Attitüde moralischer Überlegenheit und wissenschaftlicher Objektivität formulierter Top-down-Anspruch transportiert würde. Es gehe nicht darum, wie und mit welchen Methoden die Bevölkerung oder einzelne Zielgruppen am besten motiviert werden können, das „Notwendige“ zu tun. Diese Strategie funktioniere selten und sei sogar kontraproduktiv. Vielmehr müsse man Leute motivieren, sich an möglichst vielen Orten und institutionellen Kontexten in dialogischen Prozessen an der Konkretisierung eigener, tragfähiger Zukunftsentwürfe zu beteiligen. Das sei schwer genug.

Hier können Indikatoren ein nützliches und nicht zu unterschätzendes Informationswerkzeug sein, um Wissen und Bewusstsein zu schaffen; muss doch die Nachhaltige Entwicklung primär als gesellschaftlicher Such-, Lern- und Gestaltungsprozess verstanden werden. Die Erfahrung zeigt denn auch, dass nur partizipativ entwickelte Zielvorstellungen und Handlungskriterien das nötige Mass an Motivation und Selbstbindung schaffen, welche für die Entwicklung neuer Verhaltensmuster und innovativer Problemlösungsstrategien nötig sind. Es müssen deshalb die politischen Bedingungen geschaffen werden, damit in Wirtschaft und Gesellschaft ein Wettbewerb um zukunftsfähige Lösungen möglich wird. Gesellschaftliche und tech-

nische Innovation ist in diesem Zusammenhang das Schlüsselwort. Es muss ein Umfeld geschaffen werden, das die Forschungs- und Technologieentwicklung stärkt, die Umsetzung von technologischen Fortschritten gesellschaftlich auch gestattet, lebenslanges Lernen fördert und die Investitionsbereitschaft und damit die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt unterstützt.

### Handlungsfelder und Massnahmen der „Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002“ des Bundesrats vom 27. März 2002

| Handlungsfeld                                    | Massnahmen   |
|--|--|
| Wirtschaftspolitik und Service public            | 1. WTO und Nachhaltige Entwicklung<br>2. Konzept für Service public im Infrastrukturbereich  |
| Finanzpolitik                                    | 3. Fiskalische Anreize zur Ressourcenschonung<br>4. Einführung einer integrierten Produktpolitik   |
| Bildung, Forschung und Technologie               | 5. Sensibilisierung der Bevölkerung über das Bildungswesen<br>6. Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Transformationsländern  |
| Gesellschaftliche Kohäsion                       | 7. Abdecken neuer Armutsrisiken  |
| Gesundheit                                       | 8. Nationales Programm „Gesundheit, Ernährung, Bewegung“   |
| Umwelt und natürliche Ressourcen                 | 9. Weiterentwicklung der Energie- und Klimapolitik<br>10. Förderung von sauberen Fahrzeugen<br>11. Anreizstrategie für Natur und Landschaft<br>12. Stärkung des internationalen Umweltsystems                          |
| Raum und Siedlungsentwicklung                    | 13. Massnahmenprogramm „nachhaltige Raumplanung“<br>14. Neue Strategie Regionalpolitik   |
| Mobilität  | 15. Leitbild nachhaltige Mobilität<br>16. Stärkung des öffentlichen Verkehrs<br>17. Neue Strassenverkehrssicherheitspolitik  |
| Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung | 18. Mitwirkung bei der Formulierung und Umsetzung einer multilateralen Politik der Nachhaltigkeit<br>19. Neue Formen der Entwicklungsfinanzierung<br>20. Zivile Friedensförderung, Konfliktprävention und Wiederaufbau |
| Methoden und Instrumente                         | 21. Monitoring Nachhaltige Entwicklung<br>22. Nachhaltigkeitsbeurteilung   |

**„Walking the talk“**

Seit dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung von Johannesburg im September 2002 sind auf verschiedenen Ebenen Voraussetzungen geschaffen worden, um die Ergebnisse des Weltgipfels in konkrete Taten umzusetzen:

Auf **nationaler Ebene** erarbeitet die Bundesverwaltung gegenwärtig einen Bericht zu Händen des Bundesrats zur konkreten Umsetzung der Beschlüsse von Johannesburg. Dieser baut auf der bundesrätlichen Strategie „Nachhaltige Entwicklung 2002“ mit seinen 22 Handlungsfeldern auf (vgl. Übersicht Seite 2).

Auf **multilateraler Ebene** ist die bereits im Nachgang zur Konferenz von Rio de Janeiro 1992 ins Leben gerufene UNO-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) für die Koordination der anstehenden Folgearbeiten zuständig. Im Mai dieses Jahres haben Vertreter von 190 Staaten – darunter der Schweiz – über die Neuausrichtung der Arbeitsweise der CSD und die Festlegung eines mehrjährigen thematischen Arbeitsprogramms verhandelt.

Die hauptsächlichlichen Änderungen können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die CSD konzentriert sich in einem zweijährigen Rhythmus auf wenige Themen (vgl. Grafik unten und Arbeitsprogramm Seite 4). Politische Themen werden nur noch alle zwei Jahre verhandelt.
- Es wird ein verstärktes Gewicht auf Kontrolle, Aktionen und den Austausch von Erfahrungen bei der Umsetzung gelegt. Die in Johannesburg lancierten Partnerschaftsinitiativen werden zu einem integralen Bestandteil der Arbeit der CSD.

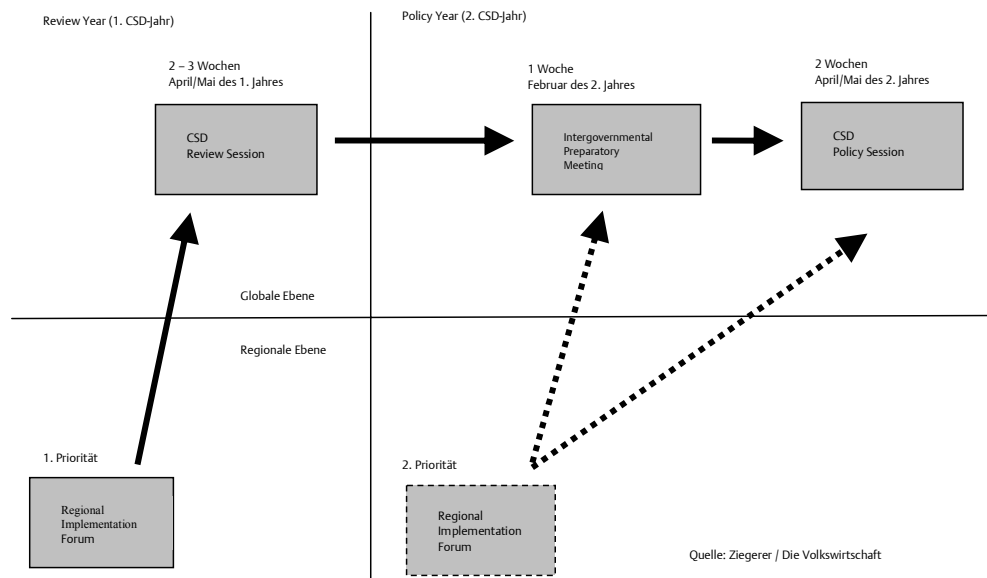
- Internationale Organisationen (auch auf regionaler Stufe) und nichtstaatliche Anspruchsgruppen (so genannte major groups) sollen direkt und substanzieller in die Arbeit einbezogen werden.

Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit ist indessen mit einer neuen Struktur allein der Neuanfang noch nicht garantiert. Ob es der CSD in den nächsten Jahren wirklich gelingen wird, die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen im Nachhaltigkeitsbereich voranzutreiben und die dafür notwendigen Impulse auf globaler, nationaler und regionaler Ebene zu vermitteln, hängt von zusätzlichen Faktoren ab. Dazu gehört namentlich eine professionelle Leitung und Steuerung des Prozesses. Entscheidend ist zudem, in welchem Masse sich nebst den traditionell gut vertretenen Umweltverantwortlichen auch Entscheidungsträger aus den Dimensionen Wirtschaft und Soziales in die Arbeit der CSD involvieren. Dies gilt sowohl international wie auch national.

Vor diesem Hintergrund sehen sich die Unternehmen einem wachsenden Druck nach höheren Verhaltensstandards im ökologischen, ethischen und gesellschaftlichen Bereich ausgesetzt, um die Reputation in ihre Marke aufrechtzuerhalten. Weite Teile der heutigen Gesellschaft erwarten von den Unternehmen, dass diese eine wesentliche Rolle im Bemühen um die „Verbesserung der Welt“ spielen.

Die Wirtschaft (unter der Führung des World Business Council for Sustainable Development) hat auf diese An-

**Umsetzungszyklus der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD)**



sprüche reagiert: einerseits mit dem Konzept der „triple bottom line“ (d.h. der ökologischen, sozialen und finanziellen bottom line) und andererseits durch die Verbesserung der Transparenz der eigenen Aktivitäten.

In diesem Zusammenhang stehen zahlreiche Instrumente zur Diskussion: beispielsweise der UN Global Compact (Box Seite 5), die revidierten und verschärften OECD-Empfehlungen (Box Seite 6) für multinationale Unternehmen, die Schaffung eines Multi-Stakeholder-Forums in der EU oder die erweiterten Anforderungen an die Berichterstattung (z.B. Global Reporting Initiative, Box Seite 6) von Unternehmen.

**Arbeitsprogramm der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD), Zyklus 2004/2005 bis Zyklus 2016/2017**

| Zyklus    | Themenblock   | Querschnitts-Themen  |
|-----------|---|--|
| 2004/2005 | Wasser<br>Sanitäre Einrichtungen<br>Wohnungs- und Siedlungswesen  | - Armutsbekämpfung<br>- Nachhaltiges Konsum- und Produktionswachstum<br>- Schutz und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen    |
| 2006/2007 | Energie für nachhaltige Entwicklung<br>Industrielle Entwicklung<br>Luftverschmutzung / Atmosphäre<br>Klimaveränderung                                 | - Globalisierung<br>- Gesundheit<br>- SIDS*<br>- Afrika<br>- Andere regionale Initiativen                                      |
| 2008/2009 | Landwirtschaft<br>Ländliche Entwicklung<br>Landschaft<br>Dürre<br>Ausbreitung der Wüsten<br>Afrika  | - Mittel zur Umsetzung<br>- Institutionelle Rahmenbedingungen<br>- Gleichstellung von Mann und Frau<br>- Erziehung und Bildung |
| 2010/2011 | Verkehr<br>Chemische Erzeugnisse<br>Abfallbewirtschaftung<br>Bergbau<br>Zehnjahresprogramm für nachhaltiges Konsum- und Produktionsverhalten          |  |
| 2012/2013 | Wälder<br>Artenvielfalt<br>Biotechnologie<br>Tourismus<br>Berggebiete   |  |
| 2014/2015 | Ozeane und Meere<br>Meeresressourcen<br>Kleine Inselstaaten<br>Katastrophenmanagement und Verletzlichkeit   |  |
| 2016/2017 | Gesamtwürdigung der Umsetzung der „Agenda 21“ des „Programme of Further Implementation of Agenda 21“ sowie des „Johannesburg Plan of Implementation“. |  |

**Aus Unternehmensicht gibt es gute Gründe, sich diesen Herausforderungen zu stellen:**

- Weil die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen die Basis aller langfristig orientierten Geschäftsaktivitäten bildet. Ein stabiles soziales Umfeld ist für den Erfolg der Geschäftsaktivitäten und Investitionen im In- und Ausland von zentraler Bedeutung.
- Weil Vertrauen in einer Marktwirtschaft eminent wichtig ist. Zuversicht und Vertrauen in die Unternehmen sind Schlüsselfaktoren für den nachhaltigen Erfolg einer Marktwirtschaft. Die permanenten Veränderungen im heutigen Geschäftsleben und die Auswirkungen der Globalisierung werden von der öffentlichen Meinung und von den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft nur dann akzeptiert und positiv beurteilt, wenn die Unternehmen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und den Menschen das Gefühl vermitteln, dass sie sich für ihr Wohl einsetzen.
- Weil Konsumentinnen und Konsumenten empfindlich auf Verstöße gegen allgemein anerkannte Regeln und Grundsätze wie etwa Menschenrechte, Abschaffung der Kinderarbeit oder der Zwangsarbeit, Umweltnormen und Anti-Korruptionsgesetze reagieren. Selbst wenn im Ausland negative Reaktionen ausbleiben, werden Konsumenten- und Umweltschutzorganisationen immer Mittel und Wege finden, ihre Missbilligung im Inland kundzutun, was dem Ruf eines Unternehmens ernsthaft schaden kann.
- Weil die Fortführung der Geschäftsbeziehungen innerhalb einer Lieferkette immer häufiger von sozial verantwortlichem Handeln abhängig gemacht wird. Große, multinational tätige Kunden stellen vermehrt entsprechende Anfragen; die Grundsätze der sozialen Verantwortung werden damit unter dem Druck des Marktes globalisiert. Es findet eine Verlagerung der Macht – und damit der Verantwortung – innerhalb von rasch wachsenden Netzwerken statt.
- Weil viele Arbeitnehmer gerne in einem Unternehmen arbeiten möchten, welches einen sehr guten Ruf hat und dessen Philosophie der eigenen entspricht. Wenn Arbeitnehmer dem Unternehmen erhalten bleiben, kann dies zu einer Erhöhung der Produktivität führen sowie Kosten in den Bereichen Anstellungen und Ausbildung senken.
- Weil die Einhaltung der CSR-Standards zu einer Bedingung für die Teilnahme an zahlreichen staatlichen Programmen oder Projekten weltweit tätiger Finanzinstitutionen geworden ist. Dies trifft insbesondere auf den umsichtigen Umgang mit Umweltnormen und ökologischen Herausforderungen zu.
- Weil mit ökologischen Massnahmen wie Energieeinsparungen, weniger Abfall, effizientere Arbeitsabläufe ver-

\*SIDS = Small Island Developing States

Quelle: CSD/Volkswirtschaft

schiedene Potenziale genutzt werden können, welche Kosten senken.

- Weil bei der Beurteilung der Bonität mit Credit Ratings auch die Risiken für den Ruf eines Unternehmens berücksichtigt werden. Entsprechende Konzepte dürften aufgrund der Kriterien von Basel II zur Norm werden.
- Weil immer mehr Fondsmanager bei ihren Investitionen auf die ethischen, sozialen und umweltspezifischen Aspekte eines Unternehmens achten.

### Kriterien für Umsetzungsinstrumente

Diesen Gründen für eine proaktive Auseinandersetzung mit den gewachsenen Ansprüchen an die Unternehmen stehen aber auch Risiken gegenüber. Insbesondere ist vor falschen – da nicht erfüllbaren – Erwartungen an die Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen zu warnen. Unterstützende Instrumente wie auch Diskurse zwischen Un-

ternehmen und den Anspruchsgruppen sollten sich deshalb an folgenden grundsätzlichen Prinzipien orientieren:

#### – *Freiwilligkeit*

Die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens setzt in jedem Fall voraus, dass das Unternehmen ökonomisch überlebt und auf gesunden Füßen steht. Insofern ist dem berühmten Ausspruch von Milton Friedman «There is only one social responsibility of business – to use its resources and engage in activities designed to increase profits» vollumfänglich zuzustimmen. Das nachhaltige Erwirtschaften eines Gewinns im Rahmen der existierenden verbindlichen legalen Rahmenbedingungen ist eine notwendige Voraussetzung, dass Unternehmen zusätzliche ökologische und soziale Verantwortung wahrnehmen können. Nur ein gesundes Unternehmen schafft Wohlstand, erhält Arbeitsplätze und kann sich proaktiv um die Umwelt kümmern. Zusätzliche Anstrengungen der Unternehmen über den gesetzlichen Rahmen hinaus müssen freiwillig bleiben.

#### – *Business-driven*

Leider muss festgestellt werden, dass die aktuelle Debatte je länger je weniger von jenen bestimmt wird, die in den Unternehmen tatsächlich Verantwortung tragen. Vielmehr drohen die Empfehlungen zu einem Tummelfeld von Beratern, Juristen, Funktionären und Politikern zu werden. Dies ist eine kontraproduktive Entwicklung, der Einhalt geboten werden muss. Verantwortungsvolle Unternehmensführung und eine nachhaltige Wirtschaft bedürfen grundsätzlicher Prinzipien, nicht aber juristisch ausgefeilter und detaillierter Regeln. Gefordert ist also nicht von Technokraten beschriebenes Papier, sondern ein besseres Gesamtverständnis, Pragmatismus und Augenmass. Selbstverständlich muss dies mit einer konsequent betriebenen Transparenz verbunden sein.

#### – *Kein «one-size-fits-all-approach»*

Um erfolgreich und wirksam zu sein, müssen Empfehlungen innerhalb der Unternehmen an die jeweiligen spezifischen Gegebenheiten angepasst werden können. Sie sind zudem nicht statisch zu interpretieren, sondern sollen kontinuierlich überarbeitet und der aktuellen Situation und den Herausforderungen angeglichen werden.

#### – *International ausgerichtet*

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung der Wirtschaft sowie die global wirkenden ökologischen und sozialen Zusammenhänge bringen es mit sich, dass nationale oder rein europäische Initiativen nicht sachgerecht sind. Empfehlungen sollen daher gesamtheitlich und global ausgerichtet werden.

### UN Global Compact

Der UN Global Compact wurde von UNO-Generalsekretär Kofi Annan am WEF 1999 vorgeschlagen. Die sich beteiligenden Unternehmen verpflichten sich auf die Beachtung folgender neun Prinzipien, abgestützt auf die entsprechenden UNO-Konventionen:

#### *Menschenrechte*

1. Respektierung und Unterstützung des Schutzes der international anerkannten Menschenrechte in ihrem Einflussbereich.
2. Keine Komplizenschaft bei Menschenrechtsverletzungen.

#### *Arbeitsrechte*

3. Beachtung der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit und kollektiver Arbeitsvertragsverhandlungen.
4. Abschaffung aller Formen von Zwangsarbeit.
5. Wirksame Abschaffung von Kinderarbeit.
6. Überwindung von Diskriminierungen im Arbeitsverhältnis.

#### *Umweltschutz*

7. Beachtung des Vorsorgeprinzips in der Umweltpolitik.
8. Initiativen zur Verstärkung des Umweltschutzes.
9. Verbreitung umweltfreundlicher Technologien.

**Neun Schweizer Unternehmen haben sich gemäss Übersicht per 23. Januar 2003 dem UN Global Compact angeschlossen: ABB, CS Group, Nestlé, Novartis, Serono, ST Microelectronics, Triumph, UBS, Vianova.**

(<http://www.unglobalcompact.org>)

**Global Reporting Initiative**

Die Global Reporting Initiative (GRI) ist eine unabhängige Institution, die einen weltweiten Rahmen für die Nachhaltigkeits-Berichterstattung entwickelt. Sie soll die Unternehmen bei der Präsentation ihrer Bemühungen um eine „triple bottom line“ unterstützen. Die GRI arbeitet eng mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNEP) und dem UN Global Compact zusammen. In der Schweiz wenden etwa ABB und Holcim die GRI-Standards mindestens teilweise an. (<http://www.globalreporting.org>)

**OECD Guidelines**

Den OECD-Empfehlungen für multinationale Unternehmen (OECD-MNE-Guidelines) von 1976 kommt eine wichtige Rolle in der Festlegung internationalen Geschäftsgebarens über verschiedene Rechts- und Gesellschaftssysteme hinweg zu. Sie können als Referenzwerk auch legislatorischen Bestrebungen entgegengesetzt werden. Als Teil der Deklaration über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen werden sie komplettiert durch OECD-Empfehlungen an die Regierungen betreffend die Behandlungen ausländischer Investitionen. Mit der Revision von 2000 wurde nicht nur ihr Geltungsbereich erweitert, sondern auch der Durchsetzungsmechanismus verstärkt. Die Empfehlungen gliedern sich in folgende Kategorien: Allgemeine Grundsätze, Offenlegung von Informationen, Beschäftigung und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, Umwelt, Bekämpfung der Korruption, Verbraucherinteressen, Wissenschaft und Technologie, Wettbewerb und Besteuerung.

(<http://www.oecd.org/dataoecd/56/40/1922480.pdf>)

– **Keine Abschiebung von öffentlicher Verantwortung auf die Unternehmen**

Die Debatte um die gesellschaftliche und ökologische Verantwortung der Unternehmen muss die Aufgabentrennung zwischen den Pflichten der öffentlichen Hand und der Unternehmen respektieren. Trotz zusätzlicher und freiwilliger Bemühungen der Unternehmen bleibt es die nicht delegierbare Pflicht der nationalen (Staat) und internationalen Politik (multilaterale Organisationen), die im Rahmen einer demokratischen Willensbildung verabschiedeten humanen, sozialen und ökologischen Anliegen durchzusetzen. Es ist daran zu erinnern, dass die grossen Unternehmen, auf welche sich der Druck der NGO primär konzentriert, nur einen sehr kleinen Teil des globalen BSP ausmachen. So generieren die 100 grössten Unternehmen der Welt nur rund vier Prozent des weltweiten BSP. Die Lösung der globalen Probleme kann deshalb nicht alleine von den Grossunternehmen kommen. Die Politik hat folg-

lich die Aufgabe, im Kontext eines konsistenten marktwirtschaftlichen Konzepts Rahmenbedingungen zu schaffen, die sich an den Grundsätzen einer freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung orientieren.

Instrumente (sowie Diskurse), die diese Prinzipien beachten, werden von den Unternehmen als nützliche Hilfestellung wahrgenommen. Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, man könne mit Regeln eine hundert Prozent sichere Institution aufbauen und damit eine Art Garantie gegen menschliche Schwächen schaffen – also in der Lage sein, jeden Fehler, jeden Missbrauch zu verhindern. Verantwortungsvolles Wirtschaften wird nie vollkommen unabhängig von der Integrität der verantwortlichen Personen sein können.

Es wäre also völlig verfehlt, nachhaltiges Handeln der Unternehmen primär durch staatlichen Übereifer und eine weitere Verrechtlichung unserer Gesellschaft anstreben zu wollen. Was mehr als den legitimen Vertrauensschutz der Bürger im Visier hat oder gar dem Staat direkt oder indirekt einen stärkeren Zugriff auf die Führung der Unternehmen verschafft, ist abzulehnen. Moral und Ethik lassen sich nicht dekretieren. „Das Recht vermag das Gute nicht zu schaffen“, schrieb schon Eugen Huber, der Schöpfer unseres Zivilgesetzbuchs (ZGB), im Jahre 1925: „Den Geizigen oder Leichtsinigen, den Getriebenen (heute: Durchtriebenen, Betrüger) vermag das Recht nicht zu ändern.“ Die Unternehmen als produktive Quelle würden durch Regulierungen nur an Ketten gelegt, wobei die KMU übermässig betroffen wären.

**Nachhaltiger Wachstumspakt**

Hilfreich könnte hingegen ein gesamtgesellschaftlicher Pakt für eine Nachhaltige Entwicklung sein. Dabei müsste ein solcher Pakt unter anderem auf folgenden Prinzipien beruhen:

1. Märkte, bei denen die Koordination der individuellen Wirtschaftspläne durch den Preismechanismus vorgenommen wird, müssen den Ordnungsrahmen bilden. Der Staat hat durch das Setzen geeigneter Rahmenbedingungen im Kontext eines konsistenten marktwirtschaftlichen Konzepts hierzu seinen Beitrag zu leisten.
2. Armut ist eines der grössten Hindernisse für eine Nachhaltige Entwicklung. Beispielsweise ist die Armut ein wichtiger Grund für den ökologischen Raubbau. Die letzten Jahrzehnte haben deutlich gemacht, dass öffentliche Entwicklungshilfe die Armut allein nicht wirksam bekämpfen kann. Dazu braucht es vielmehr freien Handel und Direktinvestitionen der Wirtschaft, die auf gute nationale Rahmenbedingungen, offene



- Märkte und good governance auf allen Ebenen angewiesen ist.
3. Nachhaltige Entwicklung fordert die Ausrichtung auf langfristige Ziele sowie die adäquate Berücksichtigung der Bedürfnisse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Angesichts der nicht vorhersehbaren Zukunft muss demnach die Schaffung und Aufrechterhaltung möglichst vieler Optionen zur Realisierung von freien Lebensentwürfen im Vordergrund stehen.
  4. Innovation ist der Schlüssel für eine Nachhaltige Entwicklung. Beispielsweise tragen Innovationen wie die Steigerung der Eco-Effizienz dazu bei, dass ein Unternehmen sowohl seine ökologische wie auch seine ökonomische Performance steigern kann. Weitere Innovationen auf Produkt-, Prozess-, Funktions- und Bedürfnisebene werden folgen müssen, um die anstehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Notwendig ist deshalb ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Umfeld, das die Forschungs- und Technologieentwicklung stärkt, lebenslanges Lernen fördert und die Investitions- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt.
  5. Nachhaltige Entwicklung ist ein gemeinsamer Such-, Lern und Gestaltungsprozess. Eine erfolgreiche Umsetzung bedarf daher nicht nur der Etablierung eines kontinuierlichen Dialogs mit allen relevanten Akteuren, sondern in Zukunft noch vermehrt die gemeinsame Wahrnehmung der Verantwortung durch geeignete Partnerschaften.

#### **ICC/UNEP Awards for Sustainable Development**

Die **Rohner Textil AG** im St.Galler Rheintal entwickelte in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Architekten William McDonough und dem von Greenpeace gegründeten unabhängigen Umweltinstitut EPEA den kompostierbaren und den umweltverträglichen Möbelstoff der Produktlinie Climatex® Lifecycle™, welcher weltweit neue Akzente im Bereich der Umweltverträglichkeit setzt. Das aus natürlichen Stoffen hergestellte Erzeugnis kann so wieder in den natürlichen Kreislauf zurückgeführt werden (Preisträger 2000).

**COOP** fördert in Indien und anderen Staaten den nachhaltigen Baumwollanbau sowie die ökologische und sozialverträgliche Herstellung von Textilien. Im Zentrum dieses Projekts stehen Entwicklung und Kontrolle einer partnerschaftlich aufgebauten, transparenten, ökologischen Textilverarbeitungskette. Derzeit stammt der grösste Teil der für die Coop-Naturaline verwendeten Baumwolle aus dem seit 1992 laufenden bioRE-Förderprojekt Maikaal in Indien (Preisträger 2002).

Die **MIGROS** fördert in Zusammenarbeit mit dem WWF eine nachhaltige Palmöl-Produktion und den damit verbundenen Schutz des Tropenwaldes. Die Produktion wird schrittweise ganz auf Palmöl umgestellt. Derzeit enthält bereits das gesamte Margarinesortiment nachhaltiges Palmöl. Die Umstellung der Eigenindustrie läuft. In einem nächsten Schritt werden auch Fremdlieferanten ermutigt, Palmöl zu verwenden, dessen Produktion den Kriterien der Nachhaltigkeit entspricht (Preisträger 2002).

### **Kommentar**

Die Wirkungskraft der Vision einer Nachhaltigen Entwicklung ist ungebrochen. Nachhaltigkeit ist mittlerweile zum schweizerischen Staatszweck geworden. Sie ist auch für Unternehmen relevant. Regierungen und NGO, aber vor allem auch Kunden und Investoren werden in Zukunft noch vermehrt Aktivitäten und einen nachweisbaren Leistungsausweis der Wirtschaft lokal, national und international im Bereich Nachhaltige Entwicklung fordern. Darauf gilt es sich einzustellen. Die Schweizer Wirtschaft hat sich bereits Mitte der achtziger Jahre (World Industry Conference on Environment in Versailles) mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandergesetzt. Ihr Engagement konzentrierte sich damals vorrangig auf die internationale Ebene. Beispielsweise die „Business Charter for Sustainable Development“ rund um den Schweizer Unternehmer Stephan Schmidheiny.

Die Schweizer Wirtschaft ist auch heute noch im Bereich Nachhaltige Entwicklung international führend. So ging 2002 der zum zweiten Mal verliehene internationale Nachhaltigkeitspreis wieder an Schweizer Unternehmen; nachdem bereits im Jahr 2000 Rohner Textil AG ausgezeichnet wurde. Unter mehr als 120 Eingaben aus 37 Ländern (nach einer Vorselektion durch die Länderausschüsse der Internationalen Handelskammern) wurden Migros und Coop für ihren hervorragenden Beitrag zur Nachhaltigkeit ausgezeichnet.

Der Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung ist lang und bedarf des Engagements aller Akteure. economie-suisse glaubt, dass die Schaffung eines nachhaltigen Wachstumspakts ein Erfolg versprechender Ansatz wäre, einen weiteren Schritt voranzukommen.

Vertrauen schaffen und nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Diese Forderung richtet sich an die Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Dies in einer Situation, in der Abwehrreflexe, gegenseitige Schuldzuweisungen und Besitzstandsdenken weit verbreitet sind. Die bereits heute absehbaren ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen lassen aber keinen Zweifel, dass es ratsam ist, das Ruder gemeinsam herumzureissen.

---

### **Rückfragen:**

[rene.buholzer@economiesuisse.ch](mailto:rene.buholzer@economiesuisse.ch)